

## **Auszug aus der Niederschrift über die 03. Sitzung der Bürgerschaft am 22.04.2021**

### **Zu TOP : 9.5**

#### **Stellungnahme zum geplanten Bau der AKW Polen**

**Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**

**Vorlage: AN 0058/2021**

Frau Kümpers begründet den Antrag ausführlich und erinnert an mögliche Konsequenzen für die Hansestadt Stralsund und die Umwelt im Fall eines Reaktorunfalls. Sie wirbt um Zustimmung für den Antrag.

Herr Kühnel teilt für die Fraktion AfD mit, dass dem Antrag nicht gefolgt wird.

Herr Adomeit sieht Ähnlichkeiten des Antrages zu Anträgen der NPD aus zurückliegenden Legislaturperioden. Er erinnert daran, dass Polen ein souveräner Staat ist. Den Antrag wird er ablehnen.

Für die Fraktion SPD erklärt Herr Würdisch, dass der Antrag unterstützt wird. Er sieht die Notwendigkeit, dass sich die Bundesrepublik Deutschland an der Diskussion beteiligt. Er merkt an, dass internationales Recht auch ein Mitspracherecht für Nachbarländer einräumt.

Herr Quintana Schmidt kann dem von Herrn Adomeit angeführten Vergleich nicht zustimmen. Ziel des Antrages ist, die Gefahren der Atomkraft aufzuzeigen.

Frau Kümpers stellt klar, dass nicht in die Hoheitsrechte des Staates Polen eingegriffen werden soll, sondern darum, die der Bundesrepublik eingeräumten Mitspracherechte zu nutzen.

Herr Paul lässt über den Antrag AN 0058/2021 abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Bürgerschaft der Hansestadt spricht sich wegen des unkalkulierbaren Risikos, das damit auch für Stralsund bestünde, gegen die Pläne zur Errichtung von Atomkraftwerken in Polen aus.

Sie beauftragt den Oberbürgermeister, sich gegenüber der Bundesregierung

1. für ein Engagement gegen diese Pläne einzusetzen und
2. dafür einzusetzen, dass Einwohner\*innen und Institutionen aus Deutschland und damit auch aus Stralsund die Möglichkeit erhalten, sich mit Stellungnahmen am Genehmigungsprozess der Anlagen zu beteiligen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Mitglieder der Bürgerschaft spätestens bis zu ihrer Sitzung im August über die Ereignisse der Bemühungen, insbesondere die Beteiligungsmöglichkeiten von Einwohner\*innen und Institutionen, zu informieren.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 11.05.2021